

Tagesordnung I Punkt 25 der öffentlichen Sitzung am 04.05.2005

Vorlage Nr. 05-V-03-0002

**Zentrales Justiz- und Verwaltungszentrum Mainzer Straße;
Sicherung der Qualität im Vergabeverfahren**

Beschluss Nr. 0178

1. Der Bericht über den Stand des Projektes wird zur Kenntnis genommen.
2. Zur Sicherung der angestrebten Qualität des Projektes darf vom Beschluss Nr. 0413 des Magistrates vom 04.05.2004 (Anlage 1 zur Vorlage) mit seiner Vorgabe, dass die künftigen Kosten der Kaltmiete den Status Quo nicht übersteigen dürfen, abgewichen werden.
3. Es werden Planung, Realisierung, Betrieb und Finanzierung ausgeschrieben bei einer Mietdauer von 30 Jahren. Eine Kaufoption nach Ablauf der Mietzeit ist vorgesehen.
4. Die aktualisierte Fassung des Entwurfes der Vergabebekanntmachung (Anlage 2 zur Vorlage) wird zur Kenntnis genommen.
5. Es wird eine Arbeitsgruppe Stadt/Land begründet, die tragfähige Konzepte für die frei werdenden Immobilien des Landes entwickelt.
6. Im Projekt wird eine "Car-Sharing-Station" vorgesehen.

Protokollerklärung der SPD-Stadtverordnetenfraktion

Die SPD-Stadtverordnetenfraktion gibt zu Protokoll, dass sie sich bei oben genannter Vorlage der Stimme enthält, da eine Mietbindung von 30 Jahren für das Justiz- und Verwaltungszentrum Mainzer Straße aus finanzpolitischer Sicht nicht zu verantworten ist.

Ferner hält es die SPD-Fraktion für erforderlich, nach dem Rückzug des Investors CGI am geplanten Liliencarré über ein neues Konzept zur Unterbringung von städtischen- und Landesbehörden nachzudenken.

(antragsgemäß Magistrat 26.04.2005 BP 0340)

(Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung 27.04.2005 BP 0110)

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, . 05.2005

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16-

Wiesbaden, .05.2005

1. Dezernat III i.V.m. Dezernaten IV + V
mit der Bitte um weitere Veranlassung
2. Abdruck:
Dezernat IV
Dezernat V
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Diehl
Oberbürgermeister